

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Verkaufspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Verlagsstellen Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 80b.

Die achtspaltige Konspirekelle ober deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kunden Anzeigen: Das fertige Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. 2,20 M. netto pro Zeile. Geschäftsstellen in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Gesamtsprecher: Zentrum 2930, 2645, 4516, 4603, 4635, 4649, 4924.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein politisches Attentat

Ein reaktionärer Racheakt

Wie wir bereits in der heutigen Morgenausgabe berichtet, ist in Hagen i. W. auf eine Versammlung des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten ein Attentat verübt worden. Das Wolffsbureau berichtet darüber noch das folgende:

Während einer stark besuchten Versammlung, die der Internationale Bund der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Montagabend in der hiesigen Tonhalle abhielt, um für Wölferrieden und Wölferverjüngung zu demonstrieren, lag der in der Nähe des Rednerpultes aufgestellte große eiserne Ofen mit gewaltigem Getöse in die Luft. Die Rede ist an verschiedenen Stellen durchgeschlagen. Sämtliche Fensterscheiben sind zertrümmert und Stühle und Tische durcheinander geworfen. Etwa 40 Personen wurden verletzt, darunter eine Anzahl lebensgefährlich. Die sofort vorgenommene kriminalpolizeiliche Untersuchung ergab, daß im unteren Teil des eisernen Ofens neben dem Aschenfaß eine Anzahl Handgranaten Sprengkapseln verborgen gemessen war. Man glaubt, daß die Entzündung durch eine in den Ofen geworfene Zigarette entstanden ist.

Hoffentlich wird die Untersuchung so einwandfrei geführt, daß die Urheber dieses Verbrechens bekannt und zur Rechenschaft gezogen werden. Es handelt sich um ein politisches Attentat, hinter dem dieselben Kreise stehen, die in den letzten Monaten ganz systematisch pazifistische Versammlungen zu sprengen verjuchten und die dabei selbst vor Mordversuchen nicht zurückschreckten. Das Attentat beweist aber auch, daß die Reaktion wieder sehr rührig geworden ist. Mit verbrecherischen Anschlägen auf pazifistische Versammlungen wurde der Rapp-Putsch eingeleitet. Sollten die Vorbereitungen zu einem neuen Schlag gegen die Republik schon wieder so weit gediehen sein, daß durch Vorfeldgefechte das Kampfgebiet abgetastet wird, um die geeignete Basis zum Hauptangriff zu finden?

Das Vorzugsrecht Belgiens

Paris, 5. Juli. (Havas-Neuter.)

Milkerand empfing die polnischen Vertreter und den Grafen Sforza und hatte eine Besprechung mit Lloyd George. Die Sachverständigen haben versucht, den in Brüssel aufgestellten Grundsatz betreffend die Verteilung der deutschen Entschädigung zur Anwendung zu bringen. Sie waren sich klar darüber, daß das Vorzugsrecht auf zweieinhalb Milliarden Goldmark, daß der Vertrag von Versailles Belgien gewährt, wenn es ohne Abänderung aufrecht erhalten würde, daß die erste zur Tilgung der deutschen Schuld bestimmte internationale Anleihe vollständig zur Sicherstellung des Belgien gewährten Privilegs dienen würde. Infolgedessen hat man Belgien vorgeschlagen, daß das Vorzugsrecht beibehalten werden soll mit dem Vorbehalt, die Summe in mehrere Teilsummen zu zerlegen, deren Abzahlung allmählich erfolgen soll. Unter dieser Voraussetzung würden die Engländer mit einem achtprozentigen Anteil von Belgien einverstanden bleiben, wie er in Brüssel festgelegt worden ist. Die Frage ist noch nicht endgültig entschieden, aber in gutem Gange.

Am Schluß der Zusammenkunft der finanziellen Sachverständigen wurde eine italienische Note geprüft, in der der Standpunkt Italiens zur Verteilung der Entschädigung dargelegt wird.

Milkerand unbefriedigt

Spana, 6. Juli.

Beim Verlassen des Sitzungssaales wurde Milkerand von zahlreichen Journalisten umringt. Auf die Frage, ob ein Resultat erzielt worden sei, rief Milkerand erregt aus: „Wie kann ein Resultat erzielt werden sein, wenn die Deutschen ihren Reichswehrminister nicht mitbringen?“ Auf weitere Fragen der Journalisten ging Milkerand nicht ein und bemerkte nur wiederholt: „Wir müssen Garantien haben.“ Von den italienischen Journalisten wurde diese Bemerkung dahin ausgelegt, daß diese Garantien in den Bestimmungen des Friedensvertrages zu suchen seien.

Churchills Rußlandspolitik im Unterhause

Rotterdam, 6. Juli.

Neuere Rotterdamische Courant zufolge gab Bonar Law gestern im Unterhause eine Erklärung ab, die sich mit den Beziehungen Churchills zu den weißen Russen befaßt. Bonar Law sagte, Churchill habe ihm erklärt, daß die in den „Daily News“ und anderen Blättern veröffentlichten Dokumente nur eine sehr ungenaue Wiedergabe seines Gesprächs mit dem Agenten der weißen Russen Oberst Golowin seien. Churchill habe gesagt, die Mitteilung, daß er Koltischals Befehle ausführe und die Behauptung über die Verwendung der Truppen, die zur Sicherung der Ordnung nach Archangel geschickt worden seien, seien vollkommen unwahr. Auf der anderen Seite, fuhr Bonar Law fort, ist es wohl bekannt, daß die Regierungspolitik im vergangenen Jahre darauf abzielte, die antibolschewistischen Streitkräfte zu unterstützen.

Auf die Frage eines Abgeordneten, ob Churchills Verhandlungen mit Golowin ohne Zustimmung des Kabinetts stattgefunden hätten, sagte Bonar Law, solch eine Frage sei erstaunlich. Die allgemeine Politik der Regierung sei bekannt gewesen und sei in dieser Weise ausgeführt worden. Churchill sei mit vielen antibolschewistischen Generalen zusammen gewesen, und er, Bonar Law, würde es nicht als angenehm empfunden haben, wenn Churchill das Kabinett über alle diese Besprechungen in Kenntnis hätte setzen müssen. Zum Schluß sagte Bonar Law, die ganze Angelegenheit sei dadurch veranlaßt worden, daß einige Leute glaubten, die Politik des vergangenen Jahres werde gegenwärtig noch fortgesetzt.

Diese Erklärungen Bonar Laws sagen gar nichts über die in den Veröffentlichungen der englischen Blätter mitgeteilten Tatsachen, daß Churchill unter einem anderen Vorwand englische Truppen an Koltischak gesandt hat. An der Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Behauptungen ist Bonar Law nur mit allgemeinen Redensarten vorbeigegangen. Daraus ist zu schließen, daß Churchill im Einverständnis mit dem übrigen Kabinett gehandelt hat und daß also die englische Regierung die Deffektivität des Landes über ihre Rußlandpolitik getäuscht hat. Das würde nur im Einklang stehen mit der ganzen zweideutigen Haltung, die die englische Regierung zum russischen Problem einnimmt.

Die ungarische Arbeiterschaft und der Boykott

Aus Wien wird uns geschrieben: In den letzten Monaten hatte man nur zu oft Gelegenheit, das Verhalten der ungarischen Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie insbesondere zu tadeln und sogar diejenigen, die ständige, neroenzerrüttende Angst kennen, unter welchen ein jedes Mitglied der Partei und der Gewerkschaft in Ungarn zu leben hatte, mußte mehr als oft den Kopf schütteln, als die Kunde von der nicht nur unwürdigen, sondern auch unklugen Haltung der ungarischen Arbeiterführer zu ihm drang. Die Gerechtigkeit fordert es aber auszusprechen, daß in dieser großen Krise die ungarische Arbeiterschaft sich bisher wirklich brav verhalten hat; wenn man keine positive Nachrichten darüber hätte, wäre es auch anzunehmen, daß die Nachtarbeiter in Ungarn nun alle Mittel der Einschüchterung und Bedrohung, alle Vordrucke der Versprechungen in Bewegung setzten, um die gewerkschaftlichen und politischen Vertreter zu einer Gegenerklärung oder einer Aktion zu veranlassen. Bisher ohne Erfolg und es soll schon vermehrt werden, daß diese passive Haltung unter der Säbelherrschaft des Joan Hejjas manche revolutionäre Stellungnahme in einem freien Staate aufwiegt.

Die ungarischen Arbeiter stehen auf dem Standpunkt, daß sie auf die Fassung des Boykottbeschlusses keinen Einfluß geübt haben, daß der Boykott eine Aktion der gewerkschaftlichen Internationale sei und wenn man ihre Vermittlung anpricht, dann müssen gewisse Voraussetzungen erfüllt werden. Die von der ungarischen Partei gestellten Bedingungen sind die folgenden: 1. die Wiedereingliederung der aufgelösten Gewerkschaften, 2. die Rückgabe der geraubten Barschaften und Einrichtungsgegenstände der Ortsgruppen der Gewerkschaften und Garantien, daß sie in ihrer Wirksamkeit nicht gehindert werden; 3. die Ermöglichung der Rückkehr derjenigen Emigranten, die keine gemeine Verbrechen begangen haben und wenn ein Strafverfahren gegen sie eingeleitet wird, dann sollen ordentliche, bürgerliche Gerichte urteilen; 4. die Aufhebung der Internierungen; 5. die Freilassung der politischen Verhafteten; 6. die Abschaffung des beschleunigten Gerichtsverfahrens in den Prozessen, die gegen Organe und Beauftragte und Funktionäre der revolutionären Regierungen geführt werden.

Diese Bedingungen sind sehr — sehr mächtig und in manchem Belange ganz unzufriedenstellend; man merkt es ihnen schon an, daß sie von einer Arbeiterpartei entworfen sind, die unter dem entsetzlichen Terror steht, die keine Möglichkeit hat, sich mit den Massen frei zu verständigen, die weder Pressefreiheit, noch Versammlungsfreiheit besitzt und die fast aller ihrer zum politischen Denken fähigen Führer entblößt ist. Aber eben weil die ungarische Arbeiterbewegung in diese entsetzliche Lage verlegt ist, stellt es schon ein Zeichen der Aufrichtigkeit und Ermütigung dar, daß sie sogar diese Forderungen stellt und nachdem man sie anscheinend nicht erfüllen will, jede Intervention ablehnt.

Die ungarische Kabinettsbildung

T. U. Budapest, 5. Juli.

Der Reichsverweser setzte keine Konferenzen mit den Parteiführern bezüglich der Kabinettsbildung fort. Im Vordergrund der Kombinationen steht die Vertrauens des Präsidenten der Nationalversammlung, Rakowski, der für das unbeschränkte Auflösungsrecht der Nationalversammlung durch den Reichsverweser eintritt. Minister des Außern soll der derzeitige Gesandte in Wien, Dr. Gray werden. Außer Rakowski steht noch die Vertrauens des Führers der Agrarier Kubinek mit der Kabinettsbildung im Vordergrund der Erörterungen.

Horvath sucht sich also die Leute heraus, die gewillt sind, seine diktatorischen Machtbefugnisse noch zu erweitern. Er scheint keinen kleineren Ehrgeiz zu haben, als sich zu gegebener Zeit selbst die Krone des heiligen Stephanus aufs Haupt zu setzen.

Vor der Abstimmung

Am 11. Juli sollen in einigen Gegenden Ost- und Westpreußens, deren Bevölkerung nicht rein deutsch ist, wie in Ermaland und Masuren, darüber abgestimmt werden, ob sie an Polen fallen oder bei Deutschland bleiben. Von beiden Seiten wird schon seit vielen Wochen eine lebhafteste Agitation betrieben. Wenn diese Gebiete auch nicht die große wirtschaftliche Bedeutung haben wie etwa das oberschlesische Industriegebiet, für das der Abstimmungstermin noch nicht festgelegt ist, so bietet doch die wirtschaftliche Struktur und ihre politische Lage genügenden Anreiz, um einen heftigen Kampf um ihren Besitz entbrennen zu lassen. Seit Tagen rollen aus dem westlichen Deutschland vollgefüllte Eisenbahnzüge nach dem Osten, fahren Dampfer die Ostseeküste entlang, um die Abstimmungsberechtigten nach ihrem Geburtslande zu bringen. Wie die Abstimmung ausfallen wird, ist noch zweifelhaft, auf deutscher Seite hegt man die Hoffnung, daß sie ein günstiges Ergebnis für Deutschland bringen wird.

Abgesehen von einigen größeren Orten ist die Industrie in den Abstimmungsgebieten noch ziemlich unentwickelt. Das Land besitzt für sie keine Bodenschätze, die Rohstoffe müssen von weither hingeschafft werden. Dagegen hat das Gebiet hohe landwirtschaftliche Bedeutung, der reiche Besitz an Wäldern hat eine ausgebehnte Holzindustrie entstehen lassen. Diesen wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht die Zusammenlegung der Bevölkerung. Industriearbeiter finden wir nur in den wenigen Städten, das ländliche Proletariat war bis vor kurzem für die sozialistische Aufklärungsarbeit schwer zugänglich. In Ermaland ist die Bevölkerung katholisch, hier herrscht der Alerus und dank ihm besitzt das Zentrum in dieser Gegend eine alte Domäne, die einzige übrigens, die sie östlich der Elbe verzeichnen kann.

Trotz des schwierigen Bodens hat aber doch der Sozialismus in diesen Gegenden Eingang gefunden und besonders seit der Revolution hat die Unabhängige Sozialdemokratie erfreuliche Erfolge erzielt. Deshalb ist die Frage, wie sich die Arbeiter bei der Abstimmung verhalten werden, von großer Bedeutung, die sowohl von den Deutschen wie von den Polen anerkannt wird. Die Arbeiter werden von beiden Seiten trümpfisch umworben, und wenn man allen Versprechungen Glauben schenken wollte, die ihnen in diesen Tagen gemacht werden, so wartet der Arbeiter in jedem Falle ein wahres Paradies, ganz gleich, ob sie sich für Polen oder für Deutschland erklären sollten. Die Arbeiter wissen jedoch genau, was sie von diesen Versprechungen zu halten haben, zumal sie auf beiden Seiten von der Bourgeoisie ausgehen. Sie werden sich ihr Urteil selbst bilden und sie werden dabei von den Grundfragen ausgehen, die sie der Sozialismus lehrt.

Als Sozialisten erkennen wir rückhaltlos das Selbstbestimmungsrecht jeder Bevölkerung darüber an, welchem Staatsverbande sie sich anschließen wollen. Ganz gleich, ob die Abstimmung für Polen oder für Deutschland entschieden wird, wir haben uns damit abzufinden und werden nicht in den nationalistischen Dünkel verfallen, die Bevölkerung nachträglich wegen ihrer Haltung zu beschimpfen. Wir wollen aber auch nicht den Fehler begehen, uns vor der Abstimmung an dem nationalistischen Gerede zu beteiligen, das viel von Abstammung und Kultur erzählt, aber die wirtschaftlichen Verhältnisse ganz unberücksichtigt läßt.

Die Arbeiter werden sich nicht nach nationalistischen Formeln entscheiden, für sie ist auch nicht die Frage der Rassenzugehörigkeit und der Abstammung maßgebend, sondern sie werden sich allein von den Interessen ihrer Klasse leiten lassen. Wenn das Proletariat in den Abstimmungsgebieten nur die Wahl hätte zwischen einem kapitalistischen Staat und einem sozialistischen Gemeinwesen, so wäre für sie die Entscheidung nicht einen Augenblick zweifelhaft, ganz gleichgültig, welcher Pöbel oder welchem Staame sie von den Nationalisten zugehört werden. Aber diese Wahl hat das Proletariat leider nicht. Sowohl in Deutschland wie in Polen herrscht der Kapitalismus, die bürgerliche Gesellschaftsordnung mit allen ihren Nachteilen für das arbeitende Volk. Die Arbeiter müssen deshalb prüfen, auf welche Weise sie am besten nicht sowohl ihren persönlichen Interessen, sondern den Interessen der ganzen Arbeiterklasse dienen und damit an ihrem Teil zur Verbesserung und nicht zur Auseinanderreißung der Völker beitragen können. Ueberblickt man von diesem Standpunkt aus die Situation, so scheint alles dafür zu sprechen, daß sich das Proletariat der Abstimmungsbezirke für Deutschland entscheiden wird.

Vor kurzem fand in Elbing der westpreussische Bezirksparteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie statt. Es wurde dort berichtet, daß die Lage der Arbeiter in Polnisch-Preußen sehr schlecht sei, die polnische Marx gelte dort nur 21 Pfennig, sie ist also nur den fünften Teil der deutschen Marx wert, die ohnehin einen sehr tiefen Kursstand hat. Die Arbeiterbewegung wird in schärferer Weise verfolgt. Am 25. Mai sind, wie wir feinerzeit berichtet haben, in Thorn 17 Arbeiter aus Graudenz von den Polen standesamtlich erschossen worden. Der Grund zu diesem Mord war eine Protestkundgebung der Unabhängigen Sozialdemokratie in Graudenz gegen das polnische Militär, die siebzehn Wo-

beiter galten als deren Führer, an ihnen hat die polnische Soldateska ihr Mitleid gefühlt. Die polnische Kultur zeigte sich in diesem Falle, wie bei zahlreichen anderen Gelegenheiten, wo die Arbeiterschaft der leidende Teil war, nicht gerade in ihrem besten Lichte.

Nun hat zwar auch die deutsche Soldateska zahllose Arbeitermorde auf ihrem Gewissen und die Vera Roste wird noch lange für das deutsche Proletariat eine der schmerzhaftesten Erinnerungen bleiben. Aber die Arbeiterbewegung ist in Deutschland so stark, daß die Bourgeoisie auf die Dauer nicht gegen sie regieren kann und die soziale Entwicklung in Deutschland drängt dahin, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung durch die sozialistische Gesellschaftsform abgelöst wird. In Polen dagegen herrscht noch der Kapitalismus in seinen schlimmsten Formen. Er bedrängt und beengt die Arbeiterbewegung, er korrumpiert die sozialistischen Parteien, er hindert mit allen Mitteln des Staates die Aufwärtsentwicklung der Arbeiterklasse. Es ist kein Zweifel darüber möglich, daß die Arbeiter der Abstammungsgebiete, wenn sie durch ihre Entscheidung den Verlust des Landes an Polen herbeiführen helfen, weder für sich selbst noch für ihre Klasse einen Vorteil erzielen, daß sie dagegen die deutsche Arbeiterbewegung schwächen und dem polnischen Nationalismus neue Kräfte zuführen.

Wenn wir also der Auffassung sind, daß die Arbeiter der Abstammungsgebiete sich aus wirtschaftlichen und politischen Gründen für Deutschland entscheiden werden, so meinen wir doch nicht, daß sie damit der Agitation der deutschen Nationalisten Vorschub leisten sollen. Es muß bei dieser Gelegenheit festgestellt werden, daß die deutsche Propaganda mit den widerwärtigsten Methoden getrieben wird. Der deutsch-patriotische Kummel nimmt sich im Abstammungsgebiet genau so aus wie die Paraden, die früher an Kaisers Geburtstag und bei Kriegerversammlungen aufgeführt wurden. Wenn die deutschen Arbeiter ihr wirtschaftliches und politisches Recht verteidigen und für ihr Volkstum kämpfen, so lehnen sie es doch ab, sich mit der alldeutschen Propaganda einverstanden zu erklären. Die Polen haben auch unter der arbeitenden Bevölkerung sich früher manche Sympathien erworben. In der letzten Zeit hat sich aber eine wachsende Abneigung gegen die Politik im polnischen Staate bemerkbar gemacht. Die alldeutsche Propaganda, die auch von den Behörden unterstützt wird, ist im besten Zuge, diese für Deutschland günstige Entwicklung zu zerstören. Deshalb muß noch in letzter Stunde die Erwartung ausgesprochen werden, daß dem nationalistischen Kummel ein Ende gesetzt wird.

Wie auch die Abstimmung ausfallen wird, als Sozialisten müssen wir die Forderung aufrechterhalten, daß die durch den Nationalitätenhaß und den Völkerverhaß zerrissenen Wirtschaftsgebiete in Ost- und Westpreußen wieder vereinigt werden. Die Gebilde, die jetzt geschaffen werden, widersprechen allen wirtschaftlichen wie politischen Notwendigkeiten, sie müssen so schnell wie möglich verschwinden, denn sie sind die Produkte einer widersinnigen Politik.

Neue Anträge der Unabhängigen Fraktion

Die Unabhängige Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Strafgesetzbuches eingebracht. Er bestimmt, daß die §§ 218, 219 und 220 des Strafgesetzbuches, die die Abtreibung der Leibesfrucht mit Zuchthaus bestrafen, aufgehoben werden.

Ein zweiter Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung für nichtpolitische Straftaten will, daß alle von bürgerlichen oder militärischen Gerichten bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes rechtskräftig erkannten Straftaten, wenn die Nebenstrafe und den Kosten erlassen werden, soweit sie nicht schwerer sind als Gefängnis bis zu einem Jahre oder Festungshaft bis zu einem Jahre oder Geldstrafe bis zu 2000 Mark, allein oder in Verbindung miteinander oder mit Nebenstrafen. Strafen für Kriegswuchervergehen fallen nicht unter diesen Straffreiheit. Ferner nicht die Strafen für sonstige Straftaten, durch deren Verübung der Täter ausschließlich für sich einen Geldgewinn erstrebt hat, es sei denn, daß auf eine höhere Strafe als drei Monate Gefängnis oder 900 Mark Geldstrafe erkannt ist.

Allen zu Freiheitsstrafe Verurteilten, die nach der Höhe oder Art ihrer Strafe nicht unter den Straffreiheit des § 1 fallen, aber beim Inkrafttreten dieses Gesetzes nur noch höchstens ein Jahr zu verbüßen haben, soll der Strafrecht unter der Bedingung erlassen werden, daß sie nicht binnen sechs Monaten nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes wegen eines nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes begangenen Verbrechens oder vorläufigen Vergehens zu Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten verurteilt werden.

So sieht sie weiter!

Ein alterndes Mädchen von sechsunddreißig Jahren. Es lebt in der republikanischen Hauptstadt Neu-Berlin. Dielem Ortskomplex, oder vielmehr einer Anzahl kleiner Unternehmungen, hatte es zwei Jahrzehnte seine Arbeitskraft hingegeben. Als Näherin für Blusen und Kleider. Es nähte in Werkstätten von morgens bis abends in ständiger Luft, gegen großen Lohn. Oder auch als Heimarbeiterin. Oft bei trübem Lampenschein bis in die späte Nacht. Es war Ausbeutungsobjekt und schaffte Profit für die „Brotherren“ zwei Jahrzehnte hindurch. In dieser Zeit kamen Saisons und Kriegen. Das Mädchen stand oft in der Reihenlinie armer und müde monatlang den Leilengürtel enger ziehen, um den Hunger zu erdrücken. Bei der Arbeit engte sich die Lunge ein, und die Augen wurden überanstrengt.

Als der Krieg zu Ende ging, und die Kriegs„no“ arbeit, die Sandläd- und Zeitbahnarbeit, nicht mehr florierete, kam statt der „herrlichen Zeiten“, die Wilhelm II. dem Volke versprochen, Arbeitslosigkeit. Dann wechselten Arbeitsperioden mit Arbeitsmangel. Bei der Erwerbslosenunterstützung brach das Mädchen zusammen. Der eine Arzt nannte ihre Krankheit „Epithelkarzinom“, ein anderer „Lungenkarzinom“, wohl um das beängstigende Wort „Lungenkrebs“ zu vermeiden. Aber die ersten Bezeichnungen sind ja nur Bezeichnungswörter für ein und dieselbe Krankheit, für die Schwindsucht. Unsere Näherin war schwindsüchtig und nebenbei schwachmüchtig geworden.

Der den Fabrikanten gebrachte Profit schaffte in deren Händen wieder Profit, aber der Verdienst der Näherin war ausgeblieben. Und so hatte diese für ihren kranken und unterernährten Körper nur das Krankengeld zur Verfügung. Die Erwerbslosenunterstützungsbehörden, die es ausgerechnet verstanden, die Ausgeschlossenen zu trennen, zahlten für die Erwerbslosen Krankenbeiträge in so niedrigen „geschätzten“ Stufen, daß unsere Kranke ganz fünfzig Mark Krankengeld erhielt, einschließlich einer Teuerungszulage. Fünfzig Mark, nicht etwa pro Tag, nein, für die ganze Woche! Da bei den horrenden Preisen für Lebensmittel und Kleidung das Existenzminimum eines erwachsenen Menschen mindestens einhundertundfünfzig Mark berechnet wurde, so erhielt das lungenkranke Mädchen zur Erhaltung und Stärkung ihres erschöpften Körpers den zehnten Teil der dazu notwendigen Geldmittel. Ihr Kassenarzt verdrückte — gegen ein Honorar von sechs Mark — Milch, Haterloden und Extrakt; gute Sachen, die die Kommune großzügig bewilligte. Bezahlen sollte die Kranke diese Köstlichkeiten aber von den fünfzig Mark Krankengeld.

Der künftige Reichspräsident

Zu der Meldung bürgerlicher Blätter, daß der Reichskanzler Fehrenbach zum Reichspräsidenten vorgezogen sei, schreibt die „Germania“:

Zweifellos würde Fehrenbach für das verantwortungsvolle Amt des Reichspräsidenten alle erforderlichen Eigenschaften mitbringen. Es ist auch kein Zweifel, daß er bei allen Parteien und dem Volke große Sympathien genießt. Wie wir aber zuverlässig hören, ist die Frage der Präsidentschaftswahl noch keineswegs spruchreif. Der Wunsch der Reichsregierung sowohl wie des Reichstags geht dahin, daß Ebert bis auf weiteres sein Amt beibehalten möge. Es ist anzunehmen, daß er diesem Wunsche willfahren wird. Sonst hat es einzuwenden wenig Zweck, nach einem Nachfolger für ihn Ausschau zu halten.

Bis auf weiteres darf also Ebert bleiben, um dann von Fehrenbach abgelöst zu werden. Also nicht einmal mehr das Zentrum wird Ebert zu halten suchen.

Der Reichsrat und die Militärgerichte

In der öffentlichen Sitzung des Reichsrats vom Montag abend wurde der Beschluß gefaßt, die Gültigkeitsdauer des Kohlen-Kriegergesetzes nur bis zum 31. Dezember 1920 zu verlängern, während die Regierungsvorlage eine Verlängerung bis zum 31. Juli nächsten Jahres in Aussicht genommen hatte. Ein Antrag Bayers auf Abänderung der Höhe der Kohlensteuer in einigen Punkten fand, wie in den Ausschüssen, auch im Plenum keine Mehrheit. Der Gesetzentwurf über Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit wurde nach den Ausschlußbeschlüssen angenommen. Der Reichsrat hielt an einer eigenen Vorlage fest, obwohl vom Reichstag bereits ein entsprechender Initiativantrag eingebracht worden ist, der gegenwärtig der Ausschußberatung unterliegt. Da die Beschlüsse des Reichsrats nicht ganz mit dem Initiativantrag übereinstimmen, dürfte es noch zu Weiterungen kommen. Ein preussischer Antrag, der den Zweck verfolgte, Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Nationalversammlung zu erzielen, wurde abgelehnt.

Studentische Radauhelden

Der Deutsche pazifistische Studentenbund hatte gestern abend eine Versammlung veranstaltet, in der der bekannte Kunsthistoriker Dr. Max Déri über den „Weg zum Pazifismus“ sprach. Er betonte von vornherein, daß er jede politische Einstellung zum Pazifismus vermeiden wolle, ihm kommt es nur auf die wissenschaftliche an. Da habe man scharf zu scheiden zwischen den Gefühlspolitikern und den Verstandesmenschen. Die einen seien die Gewaltliebenden, die anderen, die einzig und allein das größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl“ erstreben, die prinzipiellen Kriegsgegner. Nach Dr. Déri erhielt Herr Professor Dr. Nicolai das Wort. Schon bei der Nennung seines Namens verjüchte eine kleine deutsche nationale Gruppe, die Tumulten vom Januar zu erneuern. Die Gegenbewegung blieb nicht aus, und die übergroße Mehrheit der Versammlung forderte die sofortige Entfernung der Ruhestörer. Unter dem Rufe: „Alle anständigen Deutschen sollen den Saal verlassen!“ zogen dann unter Führung eines italienischen Studenten nach zwanzig Minuten langer Störung die Opponenten ab. Professor Nicolai wies dann in kurzen Worten darauf hin, daß gerade die Studenten die geistigen Führer des deutschen Volkes werden könnten, wenn sie jeder Gewalt energisch den Kampf ansagten. „Wenn sie das wollten, dann sind sie alle im besten und wahrsten Sinne Pazifisten.“ In der darauf folgenden Diskussion sprach nach zwei Redemomenten ein Deutschnationaler. Als dieser nach Ablauf seiner Redezeit keine Anstalten machte, sich von der Rednertribüne zu entfernen, und es auch dem nächsten Redner unmöglich war, sich durchzusetzen, ermittelten die inzwischen wieder zurückgekehrten Deutschnationalen abermals mit Hilfe von mitgebrachten Pfeifen usw. solchen Vörm, daß sich schließlich der Versammlungsleiter genötigt sah, die Versammlung zu schließen.

Die Ueberschichten im Bergbau

Die Verhandlungen des Zechenverbandes mit den Bergarbeiterorganisationen über eine Revision der Ueberschichtenabkommen haben, wie die „Münchener Westfälische Zeitung“ meldet, nicht zum Abschluß eines neuen Abkommens geführt. Man hat sich vielmehr dahin geeinigt, das gegenwärtige Abkommen, das beinahe ausschließlich die zwei halbe Ueberschichten von dreieinhalb Stunden vor sich, bestehen zu lassen und die endgültige Regelung bis nach Beendigung der Konferenz in Spa zurückzustellen.

Die Geistesfreiheit der Kirche

Ein protestantischer Geistlicher, der Mitglied der U. S. P. D. ist, wurde in der Person des Pastors Dr. Valentin Haas in Rahis kirchlich, vom Konsistorium der Pfalz in dauernden Ruhestand versetzt. Die Pensionierung war das Ergebnis eines gegen ihn eingeleiteten Disziplinarverfahrens.

Es wäre interessant zu erfahren, ob das eingeleitete Disziplinarverfahren und die Versetzung in den dauernden Ruhestand mit der Zugehörigkeit des Pfarrers zur

Trotzdem die Verwandten, bei denen die Leidende wohnte, sorgten und unterstützten, blieben man's Wochenationen Zeit und Fleisch ungelaut.

Die Heilbehandlung der Invalidenversicherung, die sie erhoffte, ließ recht lange auf sich warten. — So lebte und lachte sie drei, vier, fünf Monate dahin.

Die Warenpreise kletterten immer höher. Die Mietleute konnten nicht weiter ausbleiben. Das Hungergefühl in den Eingeweiden quälte mehr und mehr. Die Krankheit verschlimmerte sich zusehends.

Als eine neue Verordnung über Heraushebung der Grundlöhne und Klassenleistungen herauskam, fragte das Mädchen den Kassenangehörigen, warum sie denn nicht auch mehr Krankengeld erhält. Der aber fuhr sie barsch an: „Da könnte ja jeder kommen und mehr Geld haben wollen! Haben Sie denn schon mehr eingezahlt?“ Alzlet Unverständliches polterte er noch hinterher. Es war überhaupt ein widerwärtiger Kerl, der Schaltermensch mit dem grauen Backenbart. Er sollte mal solange krank sein und bloß fünfzehn Mark die Woche bekommen!

Die Milch wurde abgehehlt, die Fleischarten vielfach regelmäßig, die Fettarten sehr oft. Das Elend wuchs unerschreiblich.

„Es möchte kein Hund so länger leben!“ Auch unsere arme Kranke Ramsell nicht. Sie stand schon manchmal am Geländer der Treppe und schaute ins graue, fliehende Rah ins kalte Wasser. Sie fand aber nie den Mut, und stets stieg im entscheidenden Augenblick die Hoffnung auf die voraussichtliche Heilbehandlung.

— Und dann kam der Trost! Es könnte der auspowernenden Gesellschaft so passen, wenn sie, die Abgearbeitete, jetzt freiwillig ins Grab stieg und keine Kosten mehr verursachte! Sie trockte dem vermeintlichen „Böhlwollen“ der Gesellschaft — bei fünfzig Mark wöchentlichem Krankengeld.

So lebt und lacht sie weiter. Von Woche zu Woche. Hoffnungslos und trostlos. — Und mit ihr Tausende andere proletarische Kranke, in gleichem Elend und in gleicher Not.

Die Bolschewisten und die Kunst

Dem „Berliner Tageblatt“ wird von seinem Mitarbeiter aus Genf telegraphiert: In den ersten Zeiten der russischen Revolution konnte man in französischen und englischen Zeitungen häufig lesen, daß die Bolschewisten in den Museen und Kirchen wie die Vandalen gehandelt hätten. So schilderte einmal ein Pariser Blatt sehr anschaulich, wie die russischen und chinesischen Soldaten in das Museum der Eremitage gingen und sich aus den Bildern

Unabhängigen Partei im Zusammenhang setzen. Es ergab sich das eigenartige, allerdings nicht neue Bild, daß man den Vertreter einer Weltanschauung, deren geistiger Gehalt entschieden mehr vom wahren Christentum durchdränkt ist, als die herrschende Gesellschaftsauffassung, als unjähig oder unwürdig der Ausübung des geistlichen Berufes erklärte. Die Kirche fühlte sich von jeher und fühlt sich auch heute noch als Hüterin der bestehenden Ordnung und hat nichts dagegen einzuwenden, daß in dieser kapitalistischen Gesellschaft die ungeheure Mehrheit des Volkes materiell und damit auch geistig geknechtet ist.

Gegen den Lebensmittelwucher

München 6. Juli.

Zu sechs, zum Teil kärmlich verkauften Massenversammlungen der freien Gewerkschaften in München, wurde gestern abend eine Entschließung angenommen, worin es u. a. heißt, daß die Arbeiterschaft gegen die Lebensmittelverteuerung zur Selbsthilfe greifen müsse. Die Arbeiterschaft von ganz Deutschland befindet sich in höchster Erregung. Die Selbsthilfe müsse organisiert und kraftvoll in ganz Deutschland durchgeführt werden. Die süddeutschen Gewerkschaften richten an die Arbeiterschaft ganz Deutschlands den Aufruf, durch ihre Zentralorganisationen eine machtvolle Kundgebung vorzubereiten zu lassen gegen die wucherliche Preisgestaltung und für den sofortigen Preisabbau.

Die Sozialisierung des Wohnungswesens

I. U. Dresden, 6. Juli.

Der Außerordentliche Deutsche Mietertag fordert, die Reichsregierung solle sofort Gesetze ansatzieren, um den Grund und Boden zu sozialisieren, ferner zur reichsgerichtlichen Festsetzung von Höchstmieten und zur Schaffung eines reichsgerichtlichen Normalmietovertrags.

Allgemeiner Streik in Königsberg

Königsberg, 5. Juli.

Nachdem der ostpreussische Arbeitgeberverband von der Arbeiterschaft angenommenen Schiedspruch des Schlichtungsausschusses, der der Arbeiterschaft einen Teuerungszuschlag von 40 bis 70 Pfennig je Stunde zu den geltenden Tarifhöhen zusprach, abgelehnt hat, haben, wie die „Vollzeitung“ berichtet, die heute vormittag versammelten Vertrauensmänner aller unter den Schiedspruch fallenden Gewerkschaften beschlossen, von Dienstag früh ab in den Streik einzutreten. Die übrigen Verbände beschloßen den Sympathiestreik nach der Kampfeslage.

Laufende Teuerungszuschläge für Kriegshinterbliebene

Vom 1. August ab werden den Hinterbliebenen solcher Militärpersonen der Unterlassen, die nach dem 31. Juli 1914 im Kriegsdienst gestorben haben und entweder gefallen oder an einer nach dieser Zeit erlittenen Dienstverletzung gestorben sind, laufende Teuerungszuschläge gewährt werden, die Abschlagszahlungen auf die nach dem Reichsverordnungsgeze zustehenden Bezüge darstellen und bei der Reufstellung dieser Bezüge in Anrechnung gebracht werden. Die Teuerungszuschläge sind nach Ortsklassen abgestuft und betragen 20—70 Prozent der bisher gezahlten Bezüge.

Ein unabhängiger Landrat. Der unabhängige Professor Weidmeier-Stettin ist zum Landrat in Schleusingen ernannt worden, nachdem der Genosse Karl Leid die Uebernahme dieses Postens abgelehnt hatte.

Nordschleswig ist dänisch. Der Vertrag zwischen den Allierten und Dänemark über die Uebertragung der Souveränität über Nordschleswig ist Montag vormittag unterzeichnet worden.

Ein Preisüberwachungsausschuss für Braunschweig. Als Maßnahme gegen die fortschreitende Teuerung und die bedrohliche Erregung der Bevölkerung beschloß die Stadtverordnetenversammlung auf Veranlassung des Oberbürgermeisters die Einsetzung eines Preisüberwachungsausschusses. Diefem aus Bestäufern und Konjumenten zu bildenden Ausschuss wird die Festsetzung und Ueberwachung der Preise für Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel übertragen. Jeder, der die festgesetzten Preise in der Stadt Braunschweig überschreitet, wird sofort dem Wuchergesetz zur Bestrafung übergeben.

Verhaftung im besetzten Gebiet. Wie das „Offenbacher Abendblatt“ meldet, ist in Wiesbaden der rechtssozialistische Landtagsabgeordnete Schildbach verhaftet worden. Er war schon einmal am 2. Juni 1919 wegen Beteiligung an dem Aufwiegeltreiben gegen die Bestrebungen Dorries in Mainz verhaftet und in das unbesetzte Gebiet abgehoben worden.

Demission der estnischen Regierung. Die estnische Regierung ist wegen des Ausscheidens der sozialdemokratischen Minister, das von der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung gefordert wurde, zurückgetreten.

Rembrandts Stiefelsohlen herausgeschnitten. Jetzt sind mehrere französische Journalisten nach Petersburg gereist, und aus ihren Berichten geht hervor, daß jene Grueselgeschichten erlundene waren. Die Bolschewisten haben viel Ausräthbares auf dem Gewissen, aber vor Kunst und Wissenschaft scheinen sie großen Respekt zu empfinden. Den Werken der Eremitage ist nichts geschehen, nur hat man in den ersten Zeiten der Revolution die Rembrandts in Sicherheit gebracht; jetzt kommen sie wieder an ihre alten Stellen zurück. In den Kirchen, in denen überall der Gottesdienst im Gange ist, sind alle Bilder und Ikonostas unberührt. Besondere Aufmerksamkeit wendet die bolschewistische Regierung auf das Theater; der Korrespondent des „Journal“ sah im Marien-Theater zu Petersburg ein Ballet, dessen glänzende und geschmackvolle Inszenierung ihn begeistert hat.

Es wird durch diese Mitteilung erneut bestätigt, was wir gegenüber allen Verleumdungsnachrichten von Anfang an verteidigt haben.

Kasche-Gedächtnisfeier. Die Ortsgruppe Berlin, der Deutschen Friedensgesellschaft, veranstaltete Mittwoch, 7½ Uhr abends, im Blücher-Saal, Rühowstr. 76, eine Gedächtnisfeier für Hans Baasche, Redner: Janas Wrobel, unter Mitwirkung von Alice Cassirer, Konzertsängerin, und Walter Drzewski, Orgelvirtuose. Außerdem wird Oberbürgermeister Karl Lindhagen aus Stockholm, der bekannte Pazifist und Republikaner sprechen und die Grüße unserer schwedischen Genossinnen überbringen.

Eingegangene Schriften

Straubes Märkisches Wanderbuch, Reiseleiter durch die Provinz Brandenburg, Bearbeitet von Otto Grosch. Mit 40 Karten und Plänen, Band I Osten und Südosten, Band II Norden und angrenzendes Gebiet von Potsdam, Band III Westen und Süden und angrenzende Teile der Provinz Sachsen. Verlag: Geographisches Institut und Landkarten-Verlag Julius Straube, Neuwiedstr. 56.

Der Stoff ist klar und übersichtlich angeordnet. Der trockene, aber nicht vermißende und durch anschauliche Darstellungenweise ersetzt. Das Wissenswerte wird ohne Weitschweifigkeit gelehrt. Dem Leser wird in dem Buch nicht nur ein „Führer“ beschaffen, sondern auch eine Heimatlunde gegeben, welche ihn zu dem Schönen und Bemerkenswerten der Mark leitet. Das Wanderbuch behandelt in 3 Bänden die ganze Provinz. Beigefügt sind 40 Karten und Pläne, welche auch weniger weise Teile berücksichtigen.

Die militärische Verbrecherzentrale

Vorkäufiges Nachwort zum Blan-Prozess

Der dem Moskauer Schwurgericht hat gestern in den Späten Abendstunden ein Prozeß sein Ende gefunden, der für das politische Leben Deutschlands von größter Bedeutung ist. Drei junge Kommunisten waren angeklagt, den Todspiegel Blan ermordet zu haben. Die Beweisaufnahme hat aber ergeben, daß nicht die jungen Kommunisten die Täter waren, sondern daß der Mord von Spitzeln, die im Dienste militärischer Nachrichtendienste standen, vorbereitet und durchgeführt wurde, um die kommunistische Partei mit dem Verbrechen zu belasten und sie politisch unmöglich zu machen. Das ganze verwickelte Todspiegelsystem, das die rechtssozialistisch-demokratische Regierung in der Republik großgezogen hat, wurde durch den Prozeß schonungslos bloßgestellt. Es ist nunmehr gerichtsnotorisch geworden, daß amtliche Regierungsstellen, insbesondere aber die Reichswehr, Verbrecher in ihren Dienst gestellt haben, denen die Aufgabe zugewiesen ist, politisch unbedenkliche Parteien zu schädigen oder gar zu vernichten. Dieses Todspiegelsystem der Republik arbeitet mit niederträchtigeren Mitteln, als es jemals unter einer kaiserlichen Regierung der Fall war. Es sind die verbrecherischen Methoden Ludendorffs, die während des Krieges in der Hauptsache im neutralen Ausland erprobt, jetzt im Innern des Landes angewendet werden.

Vorher die eine Feststellung, die gegen die Kommunisten erhobene Anklage stütze sich auf die Aussagen von Spitzeln, die an Verbrechen entweder selbst mitgewirkt oder sich der Beihilfe dazu schuldig gemacht haben. Die Staatsanwaltschaft hat nicht für nötig erachtet, diese Leute wenigstens als Zeuge vor Gericht zu zitieren und es bedurfte erst der angelegentlichsten Aufklärung der Verteidigung, um wenigstens einen dieser Verbrecher, den Todspiegel Toiff, zur Vernehmung zu zwingen. Ein weiterer Mischling, der Spigel Schreiber, der sich außer dem noch in München ein Nordes schuldig gemacht hat, ist von der Polizei nach der Schweiz abgeschoben worden, nachdem er vorher schwerbelastende protokollläre Aussagen gegen die angestammten Kommunisten gemacht hatte. Es war der Verteidigung nicht möglich, diesen Zeugen aus der Schweiz zurückzuholen, durch dessen Vernehmung der Prozeß sicher eine ganz andere Wendung bekommen hätte. Denn dann wäre vor Gericht festgestellt worden, daß die wahren Mörder des Todspiegels Blan seine eigenen Kameraden aus der Todspiegelzelle waren und daß die intellektuellen Urheber des Verbrechens in jenen Nachrichtenzentralen zu suchen sind, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, durch Brandstiftung die inneren Unruhen zu schüren und der Militärmarilla die Wege zur Alleinherrschaft zu ebnen.

Auch der ermordete Polizeiaufseher Blan war ein schwerer Verbrecher. Es ist erwiesen, daß er während der Januarkämpfe im amtlichen Auftrag die Büchsen-Druckerei besetzte, die Autos beschlagnahmte und Ränderfahrten unternahm, die dann der revolutionären Arbeiterkraft zur Last gelegt wurden. Selbst der Staatsanwalt mußte in seinem Plädoyer zugestehen, daß dieser Blan ein ganz verwerfliches Subjekt gewesen sei und eine sehr dunkle Rolle gespielt habe. Wir wissen insbesondere, daß Blan neben der Ausführung von Verbrechen und der Anstiftung dazu in Berlin, im Ruhrgebiet und vor allem in München die Todspiegelleiten betrieb und viele ungeschuldige Arbeiter auf diese Weise ins Verderben geführt hat. Am schlimmsten aber wurde der Todspiegel Toiff belastet, der im Auftrag der militärischen Nachrichtendienste des aus dem Lebensbrot bekannten Grafen Beckarp handelte. Er hat im Auftrag seiner Dienststelle Raubzüge unternommen, Erpressungen verübt und unter den jungen Kommunisten, deren Vertrauen sich dieser Bursche erschlichen hatte, fortgesetzt zu Rordaten, Raubzügen und ähnlichen Verbrechen angefordert. Er hat selbst den Ueberfall auf den Diamantenhändler Orlovski angeordnet, die jungen Kommunisten zur Teilnahme an diesem Verbrechen überredet, er hat sie mit Waffen, Munition und militärischen Kleidungsstücken versehen und dann die Tat selbst mit ausgeführt. Trotzdem lag für die Staatsanwaltschaft bisher keine Veranlassung vor, dieses gefährliche Subjekt hinter Schloß und Riegel zu bringen. Es wurde ihm vielmehr Gelegenheit gegeben, als Zeuge vor dem aus vorbestimmten Kriegsgericht eine Aussage zu beschwören, die der Wahrheit widersprach. Auf diese Weise wurde der an dem Ueberfall auf Orlovski gänzlich unbeteiligte Fichtmann zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, während der militärische Verbrecher, der Todspiegel Toiff, auf freiem Fuß blieb und jetzt wieder in dem Blanprozeß Aussagen beschwören konnte, für die jeder andere wegen Mordens auf der Stelle verhaftet worden wäre.

Wie groß das Schuldkonto dieses von amtlichen Stellen beauftragten Verbrechers ist, geht allein aus dem Umstande hervor, daß er auf alle wichtigen Fragen die Aussage verweigerte mit dem Hinweis darauf, daß er sich sonst strafbar machen würde. Trotzdem wagte der Staatsanwalt in seinem Plädoyer diese Greuel als Kriegshelden zu feiern, der, wenn er überhaupt etwas Böses begangen habe, im Auftrage der sogenannten Fichtmanngruppe gehandelt habe. Das ist eine völlige Verdrehung der Wahrheit. Nicht führte der Verteidiger Dr. Weinberg aus, daß es in der kommunistischen Partei keine T-Gruppen gäbe, wenn solcheuppen überhaupt vorhanden seien, dann seien es Toiff-Gruppen, die im militärischen Auftrag Verbrechen verüben, um für die Reichswehr den Nachweis ihres Verbleibens zu liefern. Es ist ein Skandal, daß die republikanische Staatsform und ein Beweis für die Verödung unserer Rechtsverhältnisse, daß sich Verbrecher wie Toiff der ungehörigen Freiheit erfreuen können und sich nichts unternommen wird, um ihren Auftraggebern das Handwerk zu legen. Wir verlangen die Erhebung der Anklage gegen den Grafen Beckarp und den Hauptmann v. Ledebur wegen der Anstiftung der Verbrechen, die der Todspiegel Toiff in ihrem Auftrag begangen hat.

Die Militärmarilla und die mit ihr verbündeten Rechtsparteien glauben, aus diesem Prozeß politischen Gewinn schlagen zu können. Die Rechtspresse hat seit Monaten den Mord an Blan als der gewisse letzten Ausgesprochenen und die Deutsche Tageszeitung erdreißtete sich sogar, den Verhandlungsbericht unter der Ueberschrift Ein jüdisch-kommunistischer Mord niederzulegen. Nun hat das Urteil ergeben, daß der einzige schuldige Angeklagte fälschlicherweise verdächtigt wurde und deshalb freigesprochen werden mußte. Bei den anderen Angeklagten konnte nur die Beihilfe zum Mord angenommen werden, aber auch diese Beweisaufnahme stütze sich auf sehr schwachen Boden und wir werden das noch im Einzelnen nachweisen. Die eigentlichen Täter sind durch die Beweisaufnahme leider nicht ermittelt worden und es ist nur zu sehr die Annahme berechtigt, daß sie von ihren Auftraggebern absichtlich im Verborgenen gehalten wurden, damit die Militärmarilla, die sich dieser Verbrecher bedient, nicht restlos der Schande und der Verachtung preisgegeben werde. Viel zu viel Schmutz und Unrat wurde durch diesen Prozeß schon jutage gefördert. Ein Mehr ist für den Militarismus, wenn er noch Geheiß hätte, schlechterdings nicht mehr zu tragen.

Der Prozeß hat noch zur rechten Zeit stattgefunden. Auf der Konferenz in Spaa wollen die Rechtsparteien die Notwendigkeit eines starken Heeres mit der Gefahr innerer Unordnung begründen. Die Welt weiß nunmehr, wo die wirklichen Unruheherde zu suchen sind, wer in Deutschland politische Verbrechen begeht und welche Kreise an diesen Verbrechen interessiert sind. Nur durch eine Verabsiegung und Beseitigung der Wehrmacht, nur durch eine völlige Unschädlichmachung des gesamten militärischen Betriebs kann Deutschland zur Ruhe und Ordnung kommen. Der deutsche Militarismus hat außerpolitisch immer die Rolle des Brandstifters in Europa gespielt, seit der Revolution hat er seine verbrecherische Tätigkeit in das eigene Land verlegt und damit alle schändlichen Vorkommnisse des letzten Jahres auf sein Gewissen geladen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale

Am 5. Juni tagte eine Konferenz der Vertreter der Bezirke und Ortsstellen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Generalkommission) und der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, um zu dem Aufbau der wirtschaftlichen Räteorganisation auf gewerkschaftlicher Grundlage Stellung zu nehmen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Die Organisation der Betriebsräte, 2. Die Aufgaben der Betriebsräte. Auf Antrag von Münchener Delegierten wurde als 3. Verhandlungspunkt die Lage der Arbeiterschaft bestimmt. Besatz erläuterte die Richtlinien für die Zusammenfassung der Betriebsräte. Die Richtlinien waren nichts endgültiges, durch die Erfahrung und die praktischen Bedürfnisse müßten sie entsprechend fortigert werden.

Köpel führte aus, die Gewerkschaften müßten Träger der Betriebsräteorganisation sein. Er stellte Vorschläge auf für die Arbeiten der Betriebsräte. Die Aufgaben sind: 1. Die Einwirkung auf die Produktion ist Aufgabe der Betriebsräte und Obleute. 2. Bei der Geschäftsführung greifen die Funktionen der Betriebsräte, der Betriebsobleute, der Arbeiter- und Angestelltenräte ineinander. 3. Ebenso ist es bei den sozialen und Berufsgruppen. 4. Die Kenntnis der Gebiete, die nur ideell mit dem Gesetz zusammenhängen, wie Wirtschaftslage, innen- und außenpolitische Verhältnisse, Weltmarkt, Rohstoffquellen, Abhängigkeit, Bedarf und Verbrauch. Die Trennung dieser Aufgaben durch das Gesetz sei eine künstliche.

Dihmann (Metallarbeiter): Das der Konferenz vorgelegte reichhaltige Material kann nicht in der Kürze der Zeit durchgearbeitet werden, deshalb kann auch keine Verpflichtung bestehen, alle Richtlinien anzunehmen. Die Gewerkschaften hätten 20 Jahre gekämpft für die Anerkennung der Arbeiterausschüsse. Jenen Aufgaben hätten jetzt die Betriebsräte mit zu erfüllen, deshalb sei die Kontrolle dieser Tätigkeit durch die Gewerkschaften eine zwingende Notwendigkeit. Über das Gesetz hinaus zu erstrebende Aufgaben der Betriebsräte gehören ebenfalls zu den Funktionen der Gewerkschaften. Dihmann wies auf Russland hin, wo die Genossenschaften den Umstellungsprozeß des Wirtschaftslebens vollzogen. Die Betriebsräte müssen örtlich durch die Gewerkschaften ergäzt werden und zwar: 1. eine allgemeine Zusammenfassung aller Betriebsräte, 2. durch den einzelnen Verband. Diese Betriebsräte müssen den ihnen gebührenden Einfluß auf die Verwaltung des Verbandes erhalten. Gemeinsam arbeiten, als Gleiche mit Gleichen, unter Umgestaltung der Gewerkschaften zu revolutionären Kampforganisationen, dann werden wir auch das Ziel erreichen.

Schilling (Leipzig): Durch Dihmanns Ausführungen ist den Verwaltungen des Metallarbeiterverbandes der Boden entzogen worden, die glaubten, der Organisationsplan der Metallarbeiter verleihe die gemeinsame Organisation. In Leipzig sind wir mitten in der Arbeit des Aufbaues. Deshalb kommt die Generalkommission reichlich spät mit ihrem Plan. In der Betriebsräteorganisation müsse die parteipolitische und gewerkschaftliche Neutralität herrschen. Nur das Bekenntnis zum Sozialismus werde in Leipzig verlangt. So werden die Gewerkschaften nicht nur Träger des wirtschaftlichen Räteystems, sondern auch die politische Bewegung des Proletariats.

Auf München: Die Unfähigkeit der drei sozialistischen Parteien die Interessen der Arbeiter zu vertreten ergebe sich für die Gewerkschaften die Notwendigkeit, sozialistische Politik zu treiben. Die Angestellten seien in München sehr unzuverlässig und arbeiten fast nicht mit; nach ihren Erfahrungen könne man nur mit freigewerkschaftlichen Organisationen etwas erreichen. Bekemehaus, Berlin: Es ist notwendig, daß die Ortsausschüsse, nachdem dieselben Glieder des A. D. G. B. geworden sind, öfters in wichtigen Angelegenheiten gehört werden müssen. Die Errichtung der Betriebsräte durch die Gewerkschaften darf unter keinen Umständen dazu führen, sie nur als Gewerkschaftsfunktionäre zu betrachten und den Arbeitsgemeinschaften dienbar zu machen. Durch den Entwurf der Generalkommission Berlin sei der Bundesvorstand zum schnelleren Handeln gezwungen worden. Nicht die Organisationsform macht den Betriebsrat zum Helfender der Umgestaltung des Wirtschaftslebens, sondern der Geist der Herrschaft ist. Die Berufsorganisationen dürfen der Entwicklung nicht hemmend im Wege zur Industrieorganisation stehen. Die politische Neutralität der Gewerkschaften gehöre der Vergangenheit an.

Rüge, Hamburg: Die Betriebsräte dürfen nicht Organe einer bestimmten politischen Partei sein. Nach diesem Grundsatz haben wir in Hamburg gearbeitet. Einige Arbeitergruppen haben sich bei uns noch abgetrennt.

Schäfer, Chemnitz: Hier habe man schon mit der Bezirksorganisation begonnen. Man müsse auch die Betriebsräte mit den geltenden gesetzlichen Bestimmungen vertraut machen.

Umbreit, Berlin wehrt die Angriffe auf den Bundesvorstand ab, daß er sehr spät mit dem Entwurf herauskomme. Nicht die Richtigkeit, sondern die Richtigkeit sei entscheidend. Dihmanns Ausführungen klangen verführerisch, doch sei der Entwurf der Metallarbeiter zweideutig. Die Reibungen würden überwunden werden durch die weitere Klärung.

Winkler, Halle berichtet über Halle und Mitteldeutschland. In der Abstimmung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Sie lautet:

Die am 5. Juli im Gewerkschaftshaus zu Berlin versammelten Vertreter der Bezirke und Ortsstellen des A. D. G. B. und der Arbeiter stellen sich auf den Boden des Aufbaus und der Richtlinien der freien Gewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale. In Anlehnung an das Betriebsrätegesetz, dessen Mängel und Herminisse für die Arbeiterklasse beseitigt werden müssen, muß der Kampf zur Erringung des vollen Mitbestimmungsrechts und zur Verwirklichung der Produktionsangelegenheiten werden.

Im derzeitigen Betriebsrätegesetz bleiben weite Kreise der in Kleinbetrieben tätigen Arbeitnehmer völlig unberücksichtigt. Schon diese Tatsache bedingt ein inniges Zusammenarbeiten von Betriebsräten, Betriebsobleuten und Gewerkschaften.

Die Konferenz erachtet die dringendste Aufgabe der Betriebsräte in

1. der Einwirkung in die Warenerzeugung und Warenverteilung,
2. der Ausgestaltung der Geschäftsführung nach einheitlichen Gesichtspunkten,
3. der Lösung der sozialen und Berufsfragen,
4. der Fortführung von volkswirtschaftlicher Ausbildung der Betriebsräte.

Zur Erreichung dieser Ziele ist es notwendig, in den örtlichen Betriebsrätezentralen

1. das Material der einzelnen Industriezweige zu sammeln und einheitlich zu bearbeiten,
2. desgleichen die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen zusammenzufassen,
3. auf diese Weise einen Ueberblick über den Stand der Industriezweige zu gewinnen,
4. durch Vorträge die so gewonnene Kenntnis zu verbreiten,
5. durch Kurse die Betriebsräte für ihre Aufgabe zu schulen,

6. die Verbreitung der Betriebsrätezeitschriften zu wirken, 7. zur Beweissicherung der sich aus der Geschäftsführung ergebenden Fragen und Differenzen, eine Organisationskommission zu wählen, die soziale und Berufsfragen eine Kommission für Sozialpolitik und für die Produktion betreffende Angelegenheiten eine Kommission für Wirtschaftspolitik, 8. zu allen Fragen in der Vorkonferenz Stellung zu nehmen, die notwendigen Maßnahmen zu beschließen und für deren Durchführung Sorge zu tragen,

9. auf Grund der bei der Durchführung dieser vorgenannten Maßnahmen gesammelten Kenntnis der Lage der Industriezweige gemeinsam mit den Funktionären der Gewerkschaften die Richtlinien für die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuarbeiten.

Im Hinblick auf den vorstehenden Aufgabenkreis ist ein getrenntes Arbeiten von Betriebsräten und Gewerkschaften völlig unzulässig. Nur das enge Zusammenwirken beider Teile der Arbeiterbewegung kann zum Erfolg führen. Je gründlicher die Arbeiter und Angestellten in das Wesen der heutigen kapitalistischen Wirtschaft eindringen und je sachkundiger sie dem Unternehmer entgegenstehen, um so unüberwindlicher wird die Macht der Arbeiterklasse.

Regen äußerte sich zur Forderung nach einem Rätekongress nicht abblehnd. Er sei durchaus kein grundsätzlicher Gegner eines Kongresses und zur gegebenen Zeit werde man darauf zurückkommen, wenn der örtliche Aufbau vollendet sei.

Die Lage der Arbeiterschaft wurde besonders von Schifferer München in eindringlichen Worten über die ernste Situation dargelegt. Der Bundesvorstand möge zur einheitlichen Aktion aufrufen um die Lage der Arbeiter erträglich zu gestalten. Die Anruhen wurden durch die Reaktionen verkompliziert. Ein Reformer aus Breslau besprach die Wirkungen der Kohlennot und verlangte ein Eingreifen des Reiches, um der Arbeitslosigkeit zu steuern. Entsprechende Anträge fanden Annahme.

In einer längeren Aussprache über den 10prozentigen Steuerersatz führte Regien aus, daß wir immer für direkte Steuern eingetreten wären und nun nicht im Handumdrehen einen Beschluß über eine ungenügend geklärte Frage fassen könnten. Der Bundesvorstand wurde schließlich beauftragt, bei der Regierung vorstellig zu werden, um eine vorläufige Einstellung des Steuerersatzes zu erreichen. Damit waren die Arbeiten der Konferenz beendet.

Groß-Berlin

Die Belagerung unseres Genossen Remer

Am vergangenen Donnerstag wurde unser von dem Fortleben Bertram erloschene Genosse Remer zu Grabe getragen. Es war für Alt-Libersdorf ein ungewöhnliches Begehren. Die Genossen und Genossinnen waren überaus zahlreich erschienen. Im Namen der Partei sprach am Grabe Genosse Paul Schindler, Pantow. Knapp hatte er begonnen, trat der Pastor zu ihm, mit den Worten: „Aber nur einige Worte, Sie dürfen nicht länger reden, das versteht gegen die Kirchhofsordnung!“ Gen. Schindler ließ sich aber nicht im geringsten stören und sprach weiter. Von tiefstem Schmerz und Mitleid bewegt, aber auch erfüllt von gerechter Empörung über die Tat des leichtfertigen Buben, widmete Gen. Schindler dem toten Freunde Worte des Dankes und der Liebe. Auch diese Tat, so führte er aus, ist letzten Endes keine individuelle, sondern ist zu sehen auf das Konto der herrschenden Gesellschaftsordnung und ist ein Ausfluß jener leichtfertigen Wertung des Menschenlebens, die der Krieg verursacht hat. Nur einem Zufall ist es zu danken, daß nicht drei Menschenleben zerstört wurden. Die Sühne des Verbrechens soll für uns darin bestehen, mit verdoppelten Anstrengungen und nie erlahmender Kraft dem Ziele zuzustreben, dem auch die Lebensarbeit Remers gehörte.

Das Dazwischentreten des Pastors löste bei vielen Anwesenden das größte Mißfallen aus.

Im übrigen sei noch erwähnt, daß nach den Ort und Stelle gemachten Erhebungen von einer Verfolgung des Täters und von Notwehr bei ihm gar keine Rede sein kann. Recht bezeichnend ist es, wie die Presse darüber informiert wurde bzw. sich informiert hat. Der erschossene Genosse Remer hat im Genenteil versucht, den mit der Waffe herumspazierenden Fortleben Bertram zu bewegen, die Waffe wegzunehmen und noch ehe Remer an den Täter herangekommen war, hoch dieser. Der ärztliche Befund bestätigt, daß der erste Schuß in einer gewissen Entfernung abgegeben wurde. Die Gerichtsverhandlung wird beweisen, daß von einer Notwehr und Verfolgung des Täters keine Rede sein kann.

Wem schuldet der Beamte seine Arbeitskraft?

Jeder, der diese Frage beantworten soll, wird sagen: dem, der sie ihm bezahlt; also der Kommunalbeamte der Gemeinde, der Staatsbeamte dem Staat, der Reichsbeamte dem Reich. In der Praxis wird davon aber vielfach abgewichen. Des öfteren sind wir z. B. in Zuschriften darauf hingewiesen worden, daß Beamte während ihrer Dienstzeit zum Zwecke irgend eines Nebenberufes beurlaubt werden. So wird uns jetzt wieder mitgeteilt, daß Beamte des Zentral-Nachweis-Amtes an Renntagen beurlaubt werden, um auf Rennbahnen sich betätigen zu können. Das muß sowohl im Interesse der Steuerzahler, wie auch der vielen Arbeitslosen, sofort verhindert werden.

Im Freibad Müggelsee gelandet wurde die Leiche einer unbekanntes Frau von etwa 30 Jahren. Die Tote hatte sich ihrer Oberkleidung entledigt und trug Strandhüfte. Sie ist etwa 1,65 Meter groß, hat hellblondes Haar und trug einen Ehering.

In der Wohnung ihres Bräutigams vergiftet hat sich die 27 Jahre alte Arbeiterin Hedwig Benz aus der Wicherstraße 68. Sie wurde um 11 Uhr abends in der Wohnung ihres Bräutigams in der Stralander Straße mit Leuchtgas vergiftet tot aufgefunden. In einem hinterlassenen Brief teilte die Lebensmüde mit, daß sie freiwillig den Tod gesucht habe.

Vorausichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Mittwoch: ziemlich warm, zeitweise heiter, aber veränderlich bei mäßigen südwestlichen Winden etwas Regen und Gewitterneigung.

Aus den Organisationen

8. Mittw. 7. Abteilung, Mittwoch, 7. Uhr, bei Meyer, Unter Straße 64, Abteilungsvorstellung.
13. Berlin. Vorbereitung der Wahlen und der Einleitungskommission, Donnerstag, 7. Uhr, Bernauer Str. 72, Gde. Mühlberg Str.
16. Berlin. Besatz, 7. Uhr, Verhandlung der Parteien, Burgberg, Gde. Mühlberg Str. — Mittwoch, 7. Uhr, Kommunistische Kommission, Schulze, Mühlberg Str. 16-21, Sitzung. Dazu alle Orts- und Bezirksvereine des Bezirkes.
18. Berlin. Vortrag über Kommunalverwaltung der Arbeitervereine, Donnerstag, 7. Uhr, 2. Abteilung, Besatz bei Schumann, Schomacher Str. 10. — Die Funktionäre des 18. Bezirkes haben zur Funktionärsversammlung Berlin-Brandenburg, die am Mittwoch stattfindet, ihre Einleitkarte am Eingang des Saales in Empfang zu nehmen.
19. Berlin. Sitzungsprotokoll, Mittwoch, 7. Uhr, bei Meyer, Bernauer Str. 6. 1. Zusammenkunft aller Teilnehmer.
Gewerkschaften. Vergütungskommission, heute 7. Uhr, Sitzung bei Dorn, Spreestr. 30.

Betriebsrätezentrale

Zentralverband der Arbeiter, Jugendgruppe, Mitgliedsverammlung 7. 7. 1921, Sophienstraße, Sophienstraße 17-18, 7. Uhr. — Jugendgruppe 14. (Telefonamt und Optik) Mitgliedsverammlung 7. 7. 7. 1921, Bernauerstr. 64, 7. Uhr.
Gew. post. Jugend. Chorleitung, Mittwoch, Spandauer, Treffpunkt 7. Uhr vor dem Volkshaus, Freitag, 7. Uhr, Mitgliedsverammlung in Volkshaus, Ostf. Neues Zimmer.
Kreis der Jugend, Mühlberg, Dienstag, 10. Uhr, wichtige Mitgliedsverammlung des Mühlberges im Jugendheim, Mühlberg, 10. Uhr, Schomacher Str. 10.
Kreis der Jugend, Mühlberg, Dienstag, 10. Uhr, im Volkshaus, Mühlberg.
Kreis der Jugend, Mühlberg, Dienstag, 10. Uhr, Mitgliedsverammlung in der Volkshaus.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Gleditsch, Friedmann. Verantwortlich f. den Inhalt: Ludwig Romertner, Karlshorst. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Freipress-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-2.

